

III. *Red and Blue America*: Kennzeichen der Polarisierung im Zeitalter des Amerikanischen Dissens

KLASSE UND KULTUR: ÜBER DAS VERSCHMELZEN ZWEIER KONFLIKTLINIEN

Mit dem Heraufziehen des „Culture War“ und der Infusion religiöser Themen in den politischen Diskurs waren schließlich die toxischen Zutaten für Amerikas ideologische Polarisierung der nächsten Jahre zusammengemührt. Natürlich traten seitdem auch neue Themen hinzu, die polarisierend wirkten: Der Krieg gegen den Terror nach 9/11 etwa, oder die Frage der Einwanderungsreform. Auch die Umweltpolitik besaß 1980 natürlich bei weitem noch nicht die Dimension, die sie heute hat. Und gewiss wechselten die Konjunkturen: Das Thema soziale Ungleichheit etwa besitzt heute wieder einen weitaus höheren Stellenwert als in den 1980 und 1990er Jahren. Gleichwohl dockten die meisten Themen der nächsten dreißig Jahre an die ideologische Konfliktmatrix dieser drei politischen Felder an: die Frage nach dem Einfluss des Staates und dem Vorrang des Marktes; die Frage der Chancengleichheit zwischen Menschen verschiedener Hautfarben und was der Staat tun sollte, um dieser Gleichheit näher zu kommen; und drittens dann die Kluft zwischen einem traditionellen, christlich inspirierten Gesellschaftsbild einerseits und einem progressiven, säkularen auf der anderen Seite. Auch die gesellschaftlichen Koalitionen und Allianzen, die beide Parteien bis in die Gegenwart tragen, bildeten sich im Großen und Ganzen in den formativen Jahren zwischen 1964 bis 1980 heraus.

Zeitgenössische Beobachter registrierten nicht sofort, dass sich damit ein dauerhaftes soziales und ideologisches „Realignment“ ergeben hatte, und man nun in eine lange Phase stabiler Polarisierung zwischen den Parteien eintreten würde. In der Tat schienen beide Wählerkoalitionen in ihrer sozialen Heterogenität sehr fragil.

Da war ja nicht nur der bereits beschriebene Konflikt zwischen Alter und Neuer Linker in der demokratischen Partei. Auch die Republikaner hatten 1980 eine denkbar bunte Koalition zusammengefügt. In ihr versammelten sich christliche Fundamentalisten, die teilweise durchaus mit Skepsis auf die großen sozialen Ungleichheiten in den USA schauten, ebenso wie radikallibertäre Steuersenkungsaktivisten, die den Themen der religiösen Rechten wenig Sympathien abgewinnen konnten. Wie sollten diese Gruppen langfristig einträchtig zusammenbleiben? Amerikas politische Landschaft schien weiterhin von „cross-cutting-cleavages“ – sich überschneidenden Konfliktlinien – geprägt, die im Normalfall eher zu einer Abschwächung der Konfliktintensität führen sollten, da politische Eliten darauf zu achten haben, keinen Teil ihrer Wählerkoalition zu verprellen.¹ Unter diesen Umständen scheint es z.B. für einen Demokraten, der zum Präsidenten gewählt werden will, nicht besonders klug zu sein, Themen wie Abtreibung oder gleichgeschlechtliche Ehe zu stark zu thematisieren – da es in der weißen Arbeiterklasse nur bedingte Sympathie für diese Themen gibt.

In der Folgezeit allerdings passierte etwas sehr Erstaunliches. Zwar blieben diese Spannungen grundsätzlich erhalten, was angesichts der Abbildung einer so heterogenen Bevölkerung in einem Zwei-Parteien-System ja auch kaum überrascht. Gleichzeitig aber bewirkte die extreme Polarisierung, dass es zwischen den verschiedenen Wählersegmenten innerhalb der jeweiligen Parteikoalitionen zu einem ideologischen Angleichungsprozess kam, den amerikanische Politologen als *Issue Conversion* bezeichnet haben²: Wer vor dreißig Jahren durch die christliche Rechte politisch aktiviert wurde, mobilisiert etwa durch seine Opposition zu Pornographie und Abtreibung und dadurch seinen Weg in die Republikanische Partei fand, der neigt heute viel stärker dazu, für niedrigere Steuern einzutreten als noch vor Jahren – obgleich die Logik diese Verbindung nicht unbedingt zwingend macht. Das Gleiche gilt, im Fall der Demokratischen Partei, für den Zusammenhang zwischen der Unterstützung für den Sozialstaat und dem Eintreten für die Homo-Ehe oder den Schutz der Umwelt. Durch diesen Prozess nahmen die ideologischen Differenzen innerhalb der Parteien ab, was es den Parteiliten ermöglichte, sehr viel eindeutige Botschaften auszusenden. Folgerichtig lässt sich dieser Prozess auch bei den Abgeordneten des amerikanischen Kongresses erkennen: Republikanische Mitglieder des Repräsentantenhauses etwa, die besonders stark

-
- 1 Vgl. Seymour M. Lipset/Stein Rokkan: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York 1967.
 - 2 Thomas M. Carsey/Geoffrey C. Layman: *Changing Sides or Changing Minds? Party Identification and Policy Preferences in the American Electorate*, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 50, No. 2, April 2006, S. 464-477.

für niedrige Steuern eintreten, sind heute oftmals auch bei gesellschaftspolitischen Themen sehr weit rechts positioniert.³

Ausnahmen existieren weiterhin, wie etwa bei dem Segment sehr konsistent libertärer US-Bürger in der amerikanischen Gesellschaft. Sie lehnen grundsätzliche jede Form von Staatseingriffen ab, womit sie sich damit bei wirtschaftspolitischen Themen näher an der Republikanischen Partei befinden, bei den meisten anderen Themen aber viel stärker zu den Demokraten neigen. Für die meisten politisch stark aktivierten US-Bürger aber stellt sich die Frage der ideologischen Inkonsistenz eher seltener. Erklärbar ist dies wohl vor allem durch die extreme Freund-Feind-Codierung der amerikanischen Politik: die tiefe Aversion gegenüber der anderen Seite, die dazu führt, dass man notfalls sogar seine Meinung zu politischen Themen ändert – vielleicht nicht einmal so sehr, um in Übereinstimmung mit der eigenen Partei zu sein, sondern vor allem, um auf keinen Fall mit der anderen Seite einer Meinung zu sein. Außerdem ist diese Angleichung auch der Integrations- und Kommunikationsleistung politischer Eliten zu verdanken. Ein gutes Beispiel dafür ist das seit Ronald Reagan im Umlauf befindliche konservative Narrativ, wonach wohlfahrtsstaatliche Leistungen nicht nur teuer und ineffizient seien, sondern damit zugleich auch traditionelle Familienmodelle in Frage gestellt würden.

Insofern ist es schwierig, die inhaltlichen Dimensionen des ideologischen Konfliktes in den USA exakt zu bestimmen. Geoffrey Layman und Thomas Carsey haben die Gleichzeitigkeit des Auftretens ganz verschiedener Konflikte gerade als das Besondere der gegenwärtigen Konstellation bezeichnet und sie so von anderen, ebenfalls konfliktträchtigen Perioden in der amerikanischen Geschichte unterschieden: Während Demokraten und Republikaner in der Vergangenheit allenfalls entlang einer Konfliktdimension polarisiert gewesen seien (während des New Deal z.B. anhand einer sozio-ökonomischen Konfliktdimension), fände heute eine Polarisierung anhand multipler Achsen statt.⁴ Und welche dieser Konfliktthemen dabei dominant sind, ist nur schwer zu beantworten.

3 Vgl. Michael J. Barber/Nolan McCarty: Causes and Consequences of Polarization, in: Nathaniel Persily: Solutions to Political Polarization in America, Cambridge 2015, S. 15-58, hier: S. 20.

4 Vgl. Geoffrey C. Layman/Thomas M. Carsey: Party Polarization and „Conflict Extension“ in the American Electorate, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 46 (4), 2002, S. 786-802.

Die Diskussion kreist vor allem um die Frage, ob eine sozioökonomische oder eine eher kulturelle Konfliktlinie, im Sinne des „Culture War“, das Wahlverhalten bestimmt.⁵ Eine einfache Antwort darauf aber gibt es nicht. Wie noch im Hauptteil der Arbeit zu zeigen sein wird, ist vor allem der Faktor Geographie dabei kaum zu unterschätzen. So ist die These vom „Rechtsruck“ der weißen Arbeiterklasse für manche Teile des Landes zweifelsohne zutreffend – etwa in den Regionen der „Great Plains“ und auch in einigen Staaten des Mittleren Westens.⁶ Anderswo jedoch, so hat es vor allem Andrew Gelman gezeigt, wählt die weiße Arbeiterklasse auch weiterhin demokratisch.⁷ Des Weiteren widersprüchlich erscheint, dass einerseits heute die Frage der Religiosität ein sehr viel besserer Indikator für das Wahlverhalten der US-Bürger ist als der sozioökonomische Status, andererseits jedoch Themen wie Abtreibung und andere „moral“ oder „social issues“ bei Umfragen in ihrer Wichtigkeit stets weit hinter den Brot-und-Butter-Themen der amerikanischen Politik, wie z.B. die Schaffung von Arbeitsplätzen, rangieren.

Vielleicht aber konstruiert die Frage „Klasse oder Kultur“ auch eine falsche Dichotomie. Derzeit besitzen fast alle kontrovers diskutierten Sachfragen in den USA eine starke moralische Textur. So ist eben auch die Antwort auf die Frage, welcher Kandidat oder welche Partei am ehesten in der Lage ist, Arbeitsplätze zu schaffen, mit kulturell-moralischen Aspekten verknüpft, da auch hier Vorstellungen von Gerechtigkeit und Arbeitsethik eine Rolle spielen können. Um rationale Evaluationen der Erfolgsaussichten von Programmen dürfte es sich jedenfalls auch bei solchen Fragen kaum handeln, hat doch mittlerweile eine große Zahl amerikanischer Sozialpsychologen ein erstaunliches Bild individueller Meinungsbildung gezeichnet, demnach Affekte und Vorurteile maßgeblich die politische Urteilskraft bestimmen.⁸

Jedenfalls: Statt für eine Abschwächung der Konfliktintensität zu sorgen, forciert das simultane Auftreten verschiedener Streitthemen und ihre Integration unter dem Dach zweier sehr inklusiver Ideologien eher noch die Polarisierung des Landes.

-
- 5 Vgl. als guten Überblick Mark D. Brewer/Jeffrey D. Stonecash: *Split. Class und Cultural Divides in American Politics*, Washington 2007.
 - 6 Popularisiert hat diese These vor allem Thomas Frank: *What's the Matter with Kansas? How Conservatives Won the Heart of America*, New York 2004.
 - 7 Vgl. Andrew Gelman: *Red State, Blue State, Rich State Poor State*, Princeton 2010.
 - 8 Vgl. Drew Westen: *The Political Brain. The Role of Emotions in Deciding the Fate of the Nation: How We Make Up Our Minds Without Using Our Heads*, New York 2006; Jonathan Haidt: *The Righteous Mind. Why Good People are Divided by Politics and Religion*, New York 2013.

PARTISAN NATION: DIE STABILISIERUNG DES AMERIKANISCHEN ELEKTORATS

In der Konsequenz aller dieser Entwicklungen verfestigen sich seit den 1980er Jahren die Wählerbindungen der US-Amerikaner, und zwar in einer Weise, die im markanten Gegensatz steht zur Erosion der Wählerbindungen in Europa.⁹ Das erste Anzeichen hierfür war, dass Parteiidentifikation und ideologische Selbsteinschätzung der US-Bürger im Verlauf der letzten Jahrzehnte zunehmend kongruenter wurden. Das ist weniger banal als es klingt. Das Konzept der Parteiidentifikation ist nicht zufällig in den USA entstanden und erst dann nach Europa transferiert worden, da sich alleine mit den ideologischen Profilen der Wähler Wahlentscheidungen lange Zeit kaum erklären ließen.¹⁰ Bis in die 1970 Jahre hinein finden sich unter den Anhängern beider Parteien ebenso wie unter den Parteileiten sowohl starke liberale als auch konservative Bataillone.¹¹ Das aber ist heute Geschichte: Nur noch ein sehr geringer Teil liberaler Wähler entscheidet sich heute für die Republikanische Partei, ebenso wie es kaum noch konservative Amerikaner gibt, die demokratisch wählen.¹²

Während über diesen als „Party Sorting“¹³ bezeichneten Prozess völliger Konsens herrscht, sieht dies bei der Diskussion um die Stärke der Parteiidentifikation ein wenig anders aus.

9 Vgl. u.a. Peter Mair: *Ruling The Void. The Hollowing of Western Democracy*, London 2013; Russell J. Dalton/Martin P. Wattenberg (Hg.): *Parties without Partisans: Political Change in Advanced Western Democracies*, Oxford 2002. Vgl. Für den generellen Zusammenhang zwischen der Stärke der Parteiidentifikation und der Polarisierung des Parteiensystems Noam Lupu: *Party Polarization and Mass Partisanship: A Comparative Perspective*, in: *Political Behaviour*, Vol. 37, 2015: S. 331-356; Hermann Schmitt: *Partisanship in Nine Western Democracies. Causes and Consequences*, in: John Bartle /Paolo Belluci (Hg.): *Political Parties and Partisanship. Social Identity and Individual Attitudes*, Abingdon 2009, S. 75-87.

10 Vgl. für die Schwierigkeiten des Transfers des eigentlich amerikanischen Konzeptes von Parteiidentifikation in den europäischen Kontext vor allem Donald Green /Brad Palmquist/Eric Schickler: *Partisan Hearts and Minds. Political Parties and Social Identities of Voters*, Yale 2002: S. 164ff.

11 Vgl. Matthew Levendusky: *The Partisan Sort. How Liberals Became Democrats and Conservatives Became Republicans*, Chicago 2009.

12 Vgl. ebd.

13 Vgl. ebd.

Die These von der Polarisierung als Massenphänomen verträgt sich schließlich nicht besonders gut mit der auch medial immer wieder verbreiteten Behauptung, wonach es in den USA vor allem auf das stetig wachsende Segment der „Independents“, also parteilich ungebundene Wähler, ankomme. Das freilich ist eine Ansicht, die auf einer oberflächlichen Interpretation der Daten beruht. Gewiss: Wenn man Amerikanern die Frage stellt, ob sie sich a) als Demokrat, b) als Republikaner, oder c) als Independent betrachten, dann erhält man zwar im Zeitverlauf in der Tat eine wachsende Zahl von „Independents“. Bei der Folgefrage jedoch: „Steht ihnen die eine Partei näher als die andere?“ benennen über zwei Drittel der „Independents“ eine der beiden Parteien. Das alleine mag den Mythos der vielen unabhängigen Wähler vielleicht noch nicht erschüttern. Entscheidender ist noch, dass eine weitere Frage nach der tatsächlichen Stimmabgabe schließlich enthüllt, dass diese sogenannten „Independent Leans“ mit gar noch größerer Beständigkeit für „ihre“ Partei votieren als jene Amerikaner, die sich zuvor als „Weak Democrats“ oder „Weak Republicans“ zu erkennen gegeben haben.¹⁴ Kurzum: Wer sich als Independent bezeichnet, muss deswegen noch lange keiner sein. Unter ihnen befinden sich zahlreiche „Undercover“ oder „Closet Partisans.“¹⁵ Nur eine kleine Minderheit der amerikanischen Wähler präferiert auch auf Nachfrage keine der beiden Parteien. Das sind die sogenannten „Pure Independents“ oder, nach einer anderen Terminologie, „Independent Independents“. Deren Zahl aber ist im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte eher rückläufig und beträgt gerade noch um die 10%. Nahe dem historischen Höchststand befindet sich hingegen die Zahl derjenigen, die sich als besonders loyale Parteianhänger zu erkennen geben – die „strong partisans“, deren Zahl heute zwischen 30- 35% liegt.¹⁶ Und was entscheidend ist: „Strong Partisans“ sind eben wesentlich stärker politisch aktiviert, als dies bei „Weak Partisans“ oder den „Independent Leans“ der Fall ist, von „Pure Independents“ ganz zu schweigen: sie gehen regelmäßiger wählen, insbesondere in den Vorwahlen der Parteien, spenden mehr Geld an Kandidaten, gehen häufiger zu politischen Veranstaltungen usw.

-
- 14 Vgl. David B. Magleby/Candice J. Nelson/Mark C. Westlye: The Myth of the Independent Voter Revisited, in: Paul Sniderman/Benjamin Highton (Hg.): Facing the Challenge of Democracy: Explorations in the Analysis of Public Opinion and Political Participation, Princeton 2011, S. 238-262.
- 15 Vgl. ebd. Der Begriff des „Undercover Partisans“ findet sich bereits bei Angus Campbell/Philip Converse/Warren Miller: The American Voter, Chicago 1960: S. 123.
- 16 Vgl. Alan Abramowitz/Steven Webster: All Politics is National: The Rise of Negative Partisanship and the Nationalization of US House and Senate Elections in the 21st Century, Paper, Prepared for presentation at the Annual Meeting of the Midwest Political Science Association, Chicago, Illinois, April 16, 2015.

Kurz gesagt: Ihr Einfluss auf den politischen Prozess und die Mehrheitsverhältnisse ist noch wesentlich größer als es die bloße Zahl von knapp über einem Drittel der Bürger vermuten lässt.¹⁷ Alan Abramowitz hat diesen Teil des Elektorats, den man als Trägergruppe der Polarisierung bezeichnen könnte, als die „Engaged Public“ bezeichnet.¹⁸ Bemerkenswert ist dabei, dass nicht nur Partizipation stark mit Parteiidentifikation positiv korreliert. Amerikas ideologisch besonders motivierte Parteigänger haben auch überdurchschnittliche Bildungsabschlüsse und verfügen über ein hohes Einkommen. Amerikas Polarisierung verdankt sich vor allem dem „Extremismus“ der oberen Mittelklasse.

Stärker als die Identifikation mit der eigenen Partei ist in den USA freilich noch ein anderer Wert gestiegen: Die *negative* Parteiidentifikation. Gemeint ist damit die negative Einschätzung der Gegenseite, die man selbst z.B. für politisch radikal hält, während man die eigene Position weiterhin als zentristisch einstuft. Ein wenig erinnert das an das schöne Bonmot Terry Eagletons, der einmal meinte, Ideologie sei wie schlechter Atem „immer das, was die anderen haben“.¹⁹ In Zeiten, da die Bereitschaft, sich mit einer Partei zu identifizieren, keinen guten Ruf genießt, mag die Messung der negativen Parteiidentifikation womöglich ein noch besserer Indikator für scharfe Gegensätze auf der Wählerebene sein. So identifizierten sich nach einer Umfrage aus dem Jahr 2012 41% der Anhänger der Tea Party – die bekanntermaßen voller Verachtung für das „Establishment“ der republikanischen Partei sind – als „Independents“.²⁰ Es dürfte wohl sehr unwahrscheinlich sein, dass sich viele Obama-Wähler im Sample befanden.

Spürbar sind diese negativen Einstellungen gegenüber den Anhängern der gegnerischen Partei im Übrigen bis in Bereiche hinein, die eigentlich unpolitischer Natur sind. In den 1960er stellte man Amerikanern das erste Mal die Frage, ob sie ein Problem damit hätten, wenn ihr Sohn/ihre Tochter einen Demokraten/Republikaner heiraten würde. Gerade einmal 4% der Republikaner und 3% der Demokraten fanden dies seinerzeit problematisch; 2014 bekundeten 49% bzw. 33% ihre Bedenken angesichts einer solchen Liaison. Dies verhält sich geradezu spiegelverkehrt zu vergleichbaren Umfragen in Großbritannien, in denen der Widerstand

17 Vgl. Alan Abramowitz: *The Disappearing Center – Engaged Citizens, Polarization and American Democracy*, Yale 2010.

18 Vgl. ebd.

19 Vgl. Terry Eagleton: *Ideologie. Eine Einführung*, Stuttgart 1993, S. 8.

20 Vgl. Brian Montopoli: *Tea Party Supporters: Who They are and what They Believe*, CBS News 12. Dezember 2012, <http://www.cbsnews.com/news/tea-party-supporters-who-they-are-and-what-they-believe/> (zuletzt abgerufen am 28.09.2015).

gegen solche „interparty-marriages“ signifikant gesunken ist.²¹ In einer Umfrage des Pew Research Centers von 2014 wurde den Parteianhängern beider Seiten auch die Frage gestellt: „Do you think that [Republicans/Democrats] are a threat to the Nation’s well being?“ Auf diese recht dramatisch klingende Frage antworteten 27% der Demokraten und 36% der Republikaner mit „Ja“.²² Die Antipathien gegen die Anhänger der anderen Partei sind heute stärker als die Aversionen gegen Menschen mit anderer Hautfarbe – was angesichts der noch immer tiefgehenden ethnischen Trennungslinien in den USA durchaus bemerkenswert erscheint.²³

Angesichts der hohen moralischen und affektiven Aufladung des Konfliktes verblissen beinahe die Unterschiede bei konkreten Sachfragen. Dennoch: Eindeutige Unterschiede lassen sich auch auf diese Weise identifizieren. Die Frage nach der individuellen Selbsteinschätzung von Parteidentifikation und Ideologie spielt in der amerikanischen Diskussion vor allem deshalb eine so zentrale Rolle, weil dieses die Erhebungstechnik der *American National Election Study* ist und sich damit für einen Zeitraum von über 60 Jahren Daten analysieren lassen, was Veränderungen im Zeitverlauf natürlich deutlicher macht. Eine andere Möglichkeit ist, anhand einer Batterie von Sachfragen zu messen wie konsistent „liberal“ oder „konservativ“ ein Wähler eingestellt ist. Wendet man diese Methode an, so zeigt sich für den beschränkteren Zeitraum von 1994 bis 2014 ebenfalls eine eindeutige Stärkung des ideologischen Profils der amerikanischen Wählerschaft: Waren es nach einer Studie des Pew Research Centers 1994 noch gerade einmal 10% der Amerikaner, die „konsistent“ liberal oder konservativ dachten, waren es 2014 bereits 21%.²⁴ Und auch hier korreliert die ideologische Konsistenz positiv mit Partizipation und politischem Interesse.

-
- 21 Shanto Iyengar/Sood Gaurav/Yphtach Lelkes: Affect, Not Ideology: A Social Identity Perspective on Polarization, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 76 (3) 2012: S. 405-431.
 - 22 Pew Report vom 12. Juni 2014: Political Polarization in the American Public. How Increasing Ideological Conformity and Partisan Antipathy Affects Politics, Compromise and Everyday Life.
 - 23 Shanto Iyengar/Sean J. Westwood: Fear and Loathing Across Party Lines. New Evidence of Group Polarization, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 59 (3), 2014, S. 690-707.
 - 24 Pew stellte zu diesem Zweck den Befragten 10 Fragen, die die verschiedenen Politikbereiche abdeckten. Wer in mindestens 9 von 10 Fragen konsistent liberal oder konservativ antwortete, galt als „Consistent Liberal“ oder „Consistent Conservative“. Vgl. den Pew Report vom 12. Juni 2014: Political Polarization in the American Public. How Increasing Ideological Conformity and Partisan Antipathy Affects Politics, Compromise and Everyday Life.

Auch andere Indikatoren sprechen für eine gesteigerte Stabilität des Wahlverhaltens der US-Bürger. So hat etwa das „Split-Ticket-Voting“ – wenn ein Wähler bei gleichzeitig stattfindenden Präsidentschafts- und Kongresswahlen für die Kandidaten verschiedener Parteien stimmt – seit den 1970er Jahren stark abgenommen. Ende der 1970er Jahre hatten gut ein Viertel der amerikanischen Wähler von dieser Praxis Gebrauch gemacht; im Jahr 2012 waren es nur noch etwas über 10%.²⁵ Noch dramatischer geschrumpft ist analog hierzu die Zahl der „split districts“.²⁶ Eindeutig in Richtung einer Verfestigung des Wahlverhaltens weist auch, wiederum im auffälligen Kontrast zu Europa²⁷, dass die Zahl der „late-deciders“ – in den 1970er und 1980er Jahren noch eine bedeutende Gruppe – nicht etwa zugenommen, sondern abgenommen hat.²⁸

Dies alles sind Gründe, warum es für die große Mehrheit der Amerikaner – jedenfalls in Bezug auf ihre Wahlentscheidung in der Hauptwahl – keine große Rolle mehr spielt, wer die Vorwahlen „ihrer“ Partei gewinnt. Der konservative Publizist Michael Barone sprach daher schon vor einigen Jahren, gewiss überpoinziert, von der „49 Percent Nation“: von zwei politischen Lagern, die einen Großteil der potentiellen Wähler auf sich vereinen und zwischen sich nur noch einen kleinen Teil des Elektorats lassen, das als unentschieden gelten kann.²⁹ Im November 2011 – also ganze 12 Monate vor der Präsidentschaftswahl des folgenden Jahres und noch bevor eine einzige republikanische Vorwahl stattgefunden hatte – hatte

25 Vgl. Garry Jacobson: Polarization in American Politics: A Background Paper, in: *Presidential Studies Quarterly*, Vol. 34 (4) 2013: S. 688-707, hier S. 695.

26 Vgl. ebd. Unter „split districts“ wird ein Wahlkreis verstanden, der bei gleichzeitig stattfindenden Wahlen die Kandidaten unterschiedlicher Parteien präferiert.

27 Vgl. etwa für Deutschland: Rüdiger Schmitt-Beck: Better Late Than Never: Campaign Deciders at the 2005 German Parliamentary Election, paper, vorgestellt auf der 5th ECPR General Conference, Potsdam September 2009; oder allgemeiner: Russel J., Dalton/Ian McAllister/Martin P. Wattenberg: The Consequences of Partisan Dealignment, in: Russell J. Dalton/Martin P. Wattenberg (Hg.): *Parties without Partisans: Political Change in Advanced Western Democracies*, Oxford 2002: S. 37-63.

28 Vgl. Auch hier die Zahlen der ANES:

http://electionstudies.org/nesguide/toptable/tab9a_3.htm

Vgl. zum generellen Zusammenhang zwischen Polarisierung und dem Zeitpunkt der Wahlentscheidung Michael S. Lewis-Beck: *The American Voter Revisited*, Ann Arbor 2009, S. 71ff.

29 Vgl. Michael Barone: The 49 Percent Nation, in: *National Review*, Vol. 33 (23) 2001: S. 1710.

sich 94% der Wähler bei der Frage ob sie Barack Obama oder Mitt Romney wählen würden, bereits festgelegt.³⁰ Es ist daher wenig überraschend, dass amerikanische Wahlkampagnen sich mittlerweile vor allem stark auf die Mobilisierung der eigenen Basis konzentrieren und ihre Botschaften auf diese zuschneiden – was in einem sich selbst verstärkenden Prozess die Polarisierung wiederum weiter verstärkt. Nach alledem ist es auch kaum ein Zufall, dass in den meisten europäischen Demokratien die Wahlbeteiligung gesunken ist – während die Präsidentschaftswahlen 2008 und 2012 in den USA die beiden Wahlen mit der höchsten Beteiligung seit den bekanntermaßen recht partizipationsfreudigen 1960er Jahren waren. Auch dieser Zusammenhang scheint beinahe schon banal: wo die politischen Unterschiede zwischen den Parteien wirklich markant und eindeutig sind, da wird die Motivation der Stimmabgabe tendenziell steigen.³¹ Laut den Daten der American National Election Study (ANES) gaben 2004 und 2008 über 80% der Amerikaner zu Protokoll, dass es ihnen wichtig sei („Cares who wins elections“), wer die Präsidentschaftswahlen gewinnt – der höchste Wert seit 1952, als man begann, Amerikanern in der ANES diese Frage zu stellen.

EXPANSION UND LAGERBILDUNG: DAS COMEBACK DER AMERIKANISCHEN PARTEIEN UND PARTEILICHKEIT ALS ORDNUNGSPRINZIP

Die intensive ideologische Polarisierung im Inneren der Gesellschaft hat auch Konsequenzen für den Status amerikanischer Parteien. Sie sind heute nicht nur ideologisch konsistenter als in der Vergangenheit, besser organisiert und gesellschaftlich stärker verwurzelt. Auch ihr institutioneller Einfluss dürfte sich eindeutig verstärkt haben. Für zeitgenössische Beobachter war auch dies zunächst nicht zu erkennen. Im Gegenteil: In den 1970er Jahren, als sich Europa noch ganz im goldenen Zeitalter der Massenpartei wähnte, begann der Abgesang auf sie, dokumentiert durch provokante Buchtitel wie „The Party is Over“ von David Broder oder William J. Crotty „American Parties in Decline“.³² Gänzlich verkehrt waren

30 Vgl. Lynn Vavreck: The A-Little-Bit-Less Undecided, in: *New York Times*, 20.09.2012, http://campaignstops.blogs.nytimes.com/2012/09/20/the-a-little-bit-less-undecided/?_r=0 (zuletzt abgerufen am 12.06.2015)

31 Vgl. zu diesem Zusammenhang Mark N. Franklin: *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945*, Cambridge 2004.

32 David S. Broder: *The Party's Over – The Failure of Politics in America*, New York 1972; William J. Crotty: *American Parties in Decline*, Boston 1980.

diese Interpretationen gleichwohl nicht. Was in dieser Zeit nämlich tatsächlich endgültig unterging, das waren die Reste jener *party machines*, die bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts mit den Mitteln ungehemmter Patronage den Zugang zu allen politischen und öffentlichen Ämtern kontrolliert hatten. Diese Macht war nach und nach erodiert. Vor allem die massenhafte Ausweitung innerparteilicher Wahlen eliminierte weitgehend den Einfluss des offiziellen Parteiapparates auf die Kandidatenauswahl. Stattdessen schienen in Wahlkämpfen – seit jeher das Beobachtungsfeld und Maßstab für die Aktivität und Vitalität von Parteien in den USA – jetzt unabhängige Kandidaten und ihre Teams, die Medien, oder die Interessengruppen im Zentrum des Geschehens zu stehen. Die Partei hingegen waren nur ein Akteur unter vielen, und dabei nicht einmal *Primus Inter Pares*.

Die Entwicklung der Folgejahre ist ein gutes Beispiel, wie Polarisierung gesellschaftliche und politische Konstellationen prägen und verändern kann. Denn heute ist von diesen Abgesängen nichts mehr zu hören, wird eher vom erstaunlichen Comeback amerikanischer Parteien gesprochen.³³ Gleichwohl bezieht sich das nur zum Teil auf Phänomene wie die Wiederbelebung von Parteiorganisationen auf lokaler Ebene oder die zwischenzeitlich gestiegene Bedeutung der nationalen Parteiorganisationen (also dem „Democratic National Committee“ und dem „Republican National Committee“) beim Einsammeln von Wahlkampfspenden. Es hat vielmehr ein Perspektivwechsel stattgefunden, was überhaupt unter *Partei* verstanden wird. In Zeiten extremer Lagerpolarisierung alleine die offiziellen Parteistrukturen zum Maßstab zu nehmen, scheint vielen Beobachtern mittlerweile ein wenig statisch und damit wenig zielführend. Um die Wirklichkeit von Parteien und Parteilichkeit in der amerikanischen Politik zu fassen, haben daher eine Reihe amerikanische Politologen ein erweitertes Konzept von Partei entwickelt, welches hierunter nicht allein die offizielle Organisationsstruktur versteht, sondern die informellen Strukturen mit einbezieht. Was die einen als „Expanded Party“³⁴ bezeichnen, als „Partisan Web“³⁵, oder als „Informal Party Organization“³⁶, sind allesamt Versuche, Parteien als Netzwerke von Akteuren zu verstehen, die zwar formal unabhängig voneinander sind, jedoch in hohem Maße kooperieren und eine

33 Vgl. Arthur C. Paulson: *Realignment and Party Revival: Understanding American Electoral Politics at the Turn of the Twenty-First Century*. Westport 2000.

34 Jonathan H. Bernstein: *The Expanded Party in American Politics*, Dissertation, Berkeley 1999.

35 Gregory Koger/Seth Maskett/Hans Noel: *Partisan Webs: Information Exchange and Party Networks*, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 39 2009: S. 633–653.

36 Seth E. Maskett: *No Middle Ground. How Informal Party Organizations Control Nominations and Polarize Legislatures*, Ann Arbor 2009.

gemeinsame „partisan identity“³⁷ besitzen. In dieser Sichtweise bilden offizieller Parteiapparat, Interessengruppen, Wahlkampfberater, Lobbyisten, Think Tanks und „Partisan Media“ (etwa klar parteiliche Medienformate wie Fox News) kooperative Allianzen, die sich durch ein hohes Maß an Solidarität auszeichnen und so fest miteinander verbunden sind, dass es – anders als in der Vergangenheit – mittlerweile keine organisatorischen oder personellen Brücken zur Gegenseite mehr gibt: Wahlkampfberater arbeiten ausschließlich für die Kandidaten einer Partei; Think Tanks schreiben Papiere, die nur auf die Resonanz in einer Partei zielen; Interessengruppen unterstützen nicht nur stets die gleiche Partei, sondern verzichten auch gleich darauf, die Politiker der Gegenseite noch mit Lobbying-Initiativen überzeugen zu wollen³⁸ – ein markanter Unterschied zur Entkopplung der Parteien-Interessengruppen-Beziehungen in Europa.³⁹ In der Terminologie der Deutschen oder Europäischen Parteiensoziologie würde man vielleicht eher von *Lagern* als von *Parteien* sprechen, aber durch diese Perspektive wird in jedem Fall deutlich, in welch starkem Maße Polarisierung die interne Integration und Kooperation sowie Formen parteilichen Engagements fördert. Entstanden sind abgeschottete „Parteiräume“⁴⁰, „networks of ideological teammates“⁴¹, mit einer hohen inneren Geschlossenheit bei gleichzeitiger völliger Abschottung zur Gegenseite. Andere Untersuchungen haben gezeigt, dass es in Bezug auf Mitgliedschaften in anderen Vereinen oder Organisationen heute praktisch keine Schnittflächen mehr zwischen den Parteiaktivisten beider Seiten gibt.⁴²

In der Tat scheint die Vitalität amerikanischer Parteien somit im eklatanten Gegensatz zur so häufig diagnostizierten Krise der Europäischen Parteien zu stehen. Nicht alle gehen dabei so weit wie der irische Politikwissenschaftler Peter Mair, der in seinem letzten Buch über sie kurz und bündig verkündete: „The age of party democracy has passed.“⁴³ Aber während die Parteien in Europa in Bezug

37 Vgl. Maik Böhne: *Vibrant Spaces. Dynamik und Struktur von Parteiräumen in US-amerikanischen Wahlkämpfen*, Opladen 2011.

38 Vgl. Barbara Sinclair: *Party Wars. Polarization and the Politics of National Policy Making*, Oklahoma 2006.

39 Vgl. Elin H. Allern/Tim Bale: *Political Parties and Interest Groups: Disentangling Complex Relationships*, in: *Party Politics*, Vol. 18(1) 2012: S. 7-25.

40 Böhne: *Vibrant Spaces* 2011, a.a.O.

41 Koger et al, *Partisan Webs*, a.a.O.

42 Vgl. Michael T. Heaney et. al.: *Polarized Networks: The Organizational Affiliations of National Party Convention Delegates*, in: *American Behavioral Scientist*, Vol. 56 (12) 2012: S. 1654-1676.

43 Peter Mair: *Ruling the Void – The Hollowing of Western Democracy*, London 2013, S. 1.

auf ihre Regierungsfunktionen und bei der Auswahl des politischen Personals noch immer alternativlos, ja unverzichtbar erscheinen, lässt sich schwerlich behaupten, dass sie noch in der gleichen Weise wie zuvor weit in die Gesellschaft reichen. Der einfachste und zugleich klarste Indikator dafür ist der Niedergang der Parteien als Organisationen selbst: Praktisch überall in Europa ist die Zahl der Parteimitglieder gesunken, bisweilen in dramatischer Weise.⁴⁴ Dadurch und aufgrund des Verlusts an gesellschaftlichen Vorfelddorganisationen verloren die Parteien ihre gesellschaftlichen Wurzelböden.⁴⁵ Nun sind die Unterschiede zwischen amerikanischen und europäischen Parteien so groß, dass einfache Transfers hier schwierig sind, die funktionalen Äquivalente für einen Vergleich schon großzügig gewählt sein müssen.⁴⁶ Das beitragszahlende Parteimitglied gibt es in den amerikanischen Parteien in dieser Form schließlich bekanntermaßen nicht. Und zu Mitgliederparteien, wie es die Europäischen Parteien sind (oder in manchen Fällen: waren), werden sich die amerikanischen Parteien auch in Zukunft nicht entwickeln. Andererseits existieren ja durchaus Formen der parteinahen Partizipation, die den bloßen Sympathisanten vom überzeugten Aktivisten unterscheiden. Und hier weisen alle verfügbaren Zahlen auf ein gesteigertes Engagement der Amerikaner in einer der beiden Parteien hin: Wie selten zuvor spenden sie Geld für einen Kandidaten, besuchen Wahlkampfveranstaltungen, gehen für Wahlkämpfe von Tür zu Tür, um andere von der Stimmabgabe zu überzeugen.⁴⁷ Ein grandioser Höhepunkt, aber zugleich eben auch nur die Spitze des Eisbergs, war Barack Obamas Kampagne von 2008, mit ihren 13 Millionen freiwilligen Kampagnenhelfern und drei Millionen individuellen Spendern.⁴⁸

Inwiefern das innerparteiliche Vorwahlsystem – bis heute die dominierende Erklärung in der amerikanischen Öffentlichkeit für den Parteienantagonismus in Washington⁴⁹ – zum ideologischen Homogenisierungsprozess in beiden Parteien

44 Vgl. Paul Whiteley: Is the Party Over? The Decline of Party Activism and Membership Across the Democratic World, in: *Party Politics*, Vol. 17 (1) 2001: S. 24; Ingrid Van Biezen/Peter Mair/Thomas Poguntke: Going, going, gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 51 (1) 2012: S. 24–56.

45 Vgl. Thomas Poguntke: Parteiorganisation im Wandel, Wiesbaden 2000.

46 Vgl. Alan Ware: American Exceptionalism, in: Richard S. Katz/William J. Crotty: *Handbook of Party Politics*, London 2006, S. 270–277.

47 Vgl. Abramowitz: The Disappearing Center, a.a.O., S. 15–33.

48 Vgl. Maik Bohne: Vibrant Spaces, a.a.O., S.10.

49 Siehe etwa jüngst die Diagnose von Senator Charles Schumer: End Partisan Primaries, Save America, in: *New York Times* vom 21.07.2014.

beigetragen hat, ist dabei weiterhin umstritten. Zwar klingt die Theorie zunächst einleuchtend, dass angesichts der sehr niedrigen Beteiligung in den Primaries eine Minderheit gut organisierter und sehr motivierter „True Believers“ ideologisch extreme Kandidaten durchzusetzen vermag. Von der Mehrheit der Politologen wird dies jedoch in Frage gestellt: entweder, weil argumentiert wurde, dass das Primary-Elektorat sich in seinen Präferenzen gar nicht so signifikant von dem unterscheidet, das an Hauptwahlen teilnimmt;⁵⁰ weil die zeitliche Kausalität fragwürdig erscheine, da, anders als bei den Präsidentschaftswahlen, die Mitglieder von Senat und Abgeordnetenhaus schon sehr viel länger und noch vor der Ära der Polarisierung in Vorwahlen ermittelt wurden;⁵¹ und schließlich weil kein Zusammenhang existiert zwischen dem Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten und der Art und Weise, in der er seine Vorwahlen zu bestreiten hatte.⁵² Auch die Erfahrungen von Experimenten mit parteiungebundenen „Open Primaries“ in Kalifornien, die nicht weniger extreme Kandidaten produzierten, geben der These vom Vorwahlsystem als Verursacher der Polarisierung keine große Nahrung.

So könnte man das Primary-System wohl lediglich als den spezifischen Mechanismus bezeichnen, mit dessen Hilfe insbesondere bei Präsidentschaftswahlen die Parteien zu ihren Polen verschoben wurden – ohne eben wissen zu können, ob die Entwicklung in Richtung ideologisch akzentuierter Parteien sich nicht auch auf anderem Wege vollzogen hätte. Ihre Einführung war eine Idee der Reformer der *Progressive Era* gewesen, um die Macht der korrupten Parteimaschinen zu brechen und den Prozess zu demokratisieren. Die wahren Profiteure des neuen Systems waren allerdings die politischen Interessengruppen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Washington und anderswo im Land förmlich explodierten.⁵³ Sie nahmen maßgeblichen Einfluss, in den meisten Fällen durch

<http://www.nytimes.com/2014/07/22/opinion/charles-schumer-adopt-the-open-primary.html> (zuletzt abgerufen am 14.02.2015)

- 50 Vgl. Alan Abramowitz: Don't Blame Primary Voters for Polarization, in: *The Forum, A Journal of Applied Research in Contemporary Politics*, Vol. 5, No. 4, 2008.
- 51 Vgl. David Karol: Charles Schumer's flawed diagnosis of polarization, in: *Washington Post*, 23.07.2014, abrufbar unter <http://www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2014/07/23/charles-schumers-flawed-diagnosis-of-polarization/> (zuletzt abgerufen am 20.03.2015)
- 52 Shigeo Hirano/James M. Snyder Jr./Stephen Daniel Ansolabehere/John Mark Hansen: Primary Elections and Partisan Polarization in the U.S. Congress, in: *Quarterly Journal of Political Science* 5(2), 2010, S. 169-191.
- 53 Vgl. Ronald Brownstein: *The Second Civil War. How Extreme Partisanship has Paralyzed Washington and Polarized America*, New York 2008; Barbara Sinclair: *Party Wars: Polarization and the Politics of National Policy Making*, Oklahoma 2006.

Wahlkampfspenden, die mitgliederstärkeren unter ihnen aber auch durch ihre Mobilisierungsmacht. So war etwa die christliche Rechte in den 1990er Jahren extrem erfolgreich bei ihren Versuchen, republikanische Abgeordnete, die zu moderat erschienen, durch andere Politiker herauszufordern, die, finanziell exzellent ausgestattet, die Vorwahlen gewannen.⁵⁴ Diese und andere Interessengruppen wurden in der Folgezeit die wahren Hüter der ideologischen Reinheit in beiden Parteien.

Schließlich zeigen sich die Konsequenzen von Polarisierung im Zusammenhang mit Formen von Parteilichkeit auch auf allen Ebenen des Institutionensystems. Für den amerikanischen Kongress ist dies ohnehin offensichtlich. Aber auch der amerikanische Supreme Court – ebenso wie die obersten Gerichte in den Bundesstaaten – ist in historisch präzedenzloser Weise entlang der Parteilinien gespalten. Das Amt des Präsidenten hat sich in der Ära der Polarisierung ebenfalls verändert. In den USA konstatieren Beobachter die Entwicklung zu einer „Partisan Presidency“, in deren Folge amerikanische Präsidenten immer stärker auch als Parteiführer auftraten und, angesichts der bitteren Polarisierung auf dem Capitol Hill, kaum noch Zeit darauf verwendeten, die schwankenden Abgeordneten der Gegenseite zu überzeugen.⁵⁵ Manche Politologen spekulieren angesichts der zunehmenden Geschlossenheit der Parteien im Kongress schon geraume Zeit über das Heraufdämmern eines „responsible party systems“ oder „Party Government“ nach europäischem Vorbild, also quasi einer Parlamentarisierung des Systems.⁵⁶ Angesichts der Realitäten von „Divided Government“ dürfte die zunehmend um sich greifende Fraktionsdisziplin wohl allerdings eher zur Dysfunktionalität eines stark auf Kooperation angelegten politischen Systems führen. Dennoch macht es in jedem Fall deutlich, dass der unterschiedliche Polarisierungsgrad einer Gesellschaft sogar für unverrückbar gehaltene institutionelle Unterschiede zwischen sehr verschiedenen politischen Systemen teilweise zu nivellieren vermag. In diese Richtung weist auch, dass für die weltanschaulich abgerüsteten europäischen Parteiensysteme eine in gewisser Weise ganz gegenläufige Entwicklung konstatiert wird.

54 Vgl. Kimberly Conger/John Green: Spreading out and Digging in. Christian Conservatives and State Republican Parties, in: *Campaigns and Elections*, Februar 2002.

55 Richard M. Skinner: George W. Bush and the Partisan Presidency, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 123 (4) 2009: S. 605-622.

56 Vgl. Arthur C. Paulson: Realignment and Party Revival: Understanding American Electoral Politics at the Turn of the Twenty-First Century Westport 2000; Nicol C. Rae: Be Careful what you Wish for – The Rise of Responsible Parties in American National Politics, in: *Annual Review of Political Science*, Vol. 10 (2) 2007: S. 169-191.

Das Phänomen der „Präsidentialisierung“, welches u.a. davon ausgeht, dass die gewachsene Autonomie von Regierungschefs von ihren Parteien und Parlamentsfraktionen ursächlich zusammenhängt mit der Schwächung der Parteien selbst.⁵⁷ Aber möglich wird dieses letztlich natürlich nur durch ein Nachlassen des parteipolitischen Wettbewerbs und einem Schwinden der Lagerbindungen in der Wählerschaft: erst das schafft die Möglichkeit, sich als dem Parteienstreit gleichsam entthobener und unabhängiger politischer Anführer zu inszenieren. Es ist exakt jene Rolle, die Barack Obama für seine Präsidentschaft wohl gerne gewählt hätte – und die er angesichts der Zustände eines extrem polarisierten politischen Systems am Ende nie erfolgreich zur Aufführung bringen konnte.

57 Vgl. Thomas Poguntke/Paul Webb (Hg.): *The Presidentialization of Politics*, Oxford 2005.